



Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Hessen



Wiesbaden, den 29. Juli 2008

Klares Nein der GdP zur Privatisierung von Polizeigebäuden

Das Motto der geschäftsführenden hessischen Landesregierung „Teuer verkaufen - günstig zurückmieten“ hat sich nicht bewährt. Erfahrungen mit privaten Eigentümern sind äußerst unbefriedigend. Die GdP hat von Beginn an den Ausverkauf polizeilicher Liegenschaften aus Sicherheitsgründen abgelehnt.

Eine Abfrage bei örtlichen GdP-Gliederungen stärkt die ablehnende Haltung:

- **Die Verwaltungswege haben sich deutlich verlängert**
- **Reibungsverluste entstehen aufgrund unklarer Zuständigkeiten**
- **Kostendruck und erhebliche Zeitverzögerungen führen zu schlechteren Serviceleistungen**
- **Die Einbindung von mehr Entscheidungsstellen führt zu Mehrbelastung und erhöhtem Zeitaufwand der Polizeibeschäftigten**
- **Die Anwesenheit von fremdem Personal stellt ein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar**
- **Die Bestellung von Fremdfirmen für kleinere Renovierungs- und Reparaturarbeiten konterkarieren die Absicht zur Kostenersparnis**

Der Ausverkauf von Polizeipräsidien und Polizeistationen muss gestoppt werden!

Der Arbeitsalltag der Polizeibeschäftigten in Hessen darf nicht zunehmend den Wirtschaftsinteressen privater Eigentümer ausgesetzt werden!

Die Polizei - und dazu gehören auch ihre Gebäude - muss in der Hand des Staates bleiben!